

STADTGEMEINDE BISCHOFSHOFEN

PROTOKOLL

über die Sitzung der **Gemeindevertretung** der Marktgemeinde Bischofshofen am Dienstag, den 14. Dezember 1999 im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 00.00 Uhr

Die Einladung zu dieser Sitzung erfolgte mittels Kurrende am 18.11.1999.

Von den Mandataren waren anwesend:

Bgm. Jakob ROHRMOSE
Vzbgm. Lorenz WERAN-RIEGER
Vzbgm. Rudolf BARKMANN
GR Titus PFUNER
GR Karolina ALTMANN
GR Mag. Rudolf LANZENBERGER
GR Hansjörg OBINGER
GR Barbara SALLER
GR Karl ENENGL
GV Wolfgang KUCHLING
GV Franz ROSKER
GV Rosemarie SCHARLER (ab 19.20 Uhr)
GV Ing. Wolfgang BERGMÜLLER
GV Kurt HABE
GV Anna FLEISSNER
GV Johann SCHREMPF (ab 18.25 Uhr)
GV Annemarie RATH
GV Josef GANTSCHNIGG
GV Johann PICHLER
GV Matthias SCHWARZENBERGER
GV Richard MITTERSTIELER
GV Friedrich WINDBICHLER
GV Evelyne BAIER-FUCHS
GV Anja LACKNER

Entschuldigt waren:

GV Josef KREUZBERGER

Vorsitzender:

Bgm. Jakob ROHRMOSE

Schriftführer:

Mag. Peter Hinterstoisser
VB Claudia SCHWEINZER

T A G E S O R D N U N G

1. Verlesung und Genehmigung des Protokolles der Gemeindevertretungssitzung vom 25. November 1999
2. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Umwelt-, Energie- und Zivilschutzausschusses vom 10. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 4) Aktion "Naturnahe Gartengestaltung"; Prämierung
 - 5) Aktion "Naturnahe Gartengestaltung"; Prämierungsveranstaltung 23.11.99; Ankauf von Sachpreisen
 - 6) Umweltschutzpreis 1998/1999
3. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Sozial-, Familien- Senioren- und Gesunde Gemeinde-Ausschusses vom 11. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 2 b) Seniorenheim Bischofshofen; Umstrukturierung Personal, Essenszeiten
 - 2 c) Seniorenheim Bischofshofen; Erhöhung der Kosten für Gästezimmer
4. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Wirtschafts- und Ortsmarketingausschusses vom 22. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 3) Neuauflage der Ortsbroschüre
 - 4) Richtlinien zur Förderung von Klein- u. Mittelbetrieben
5. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Bildungs-, Kindergarten-, Kultur- und Partnerschaftsausschusses vom 29. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 3) Ansuchen der Malergruppe Friedhofgasse für Ausstellung in der Georgikirche
 - 4) Zentrum für Tageseltern in Salzburg, Ansuchen um Ausstellung eines Bedarfsbescheides lt. § 5 Sbg. Tagesbetreuungsgesetz
 - 5) Pfarrkirche Bischofshofen; Ansuchen um Bedarfsfeststellung für den Pfarrkindergarten gem. § 25 des Salzburger Kindergartengesetzes für das Kalenderjahr 2000
 - 6) Volkshochschule Bischofshofen; Ansuchen um Subvention für 1999 und 2000
6. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Sportausschusses vom 01. Dezember 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 1) Ansuchen des Pensionistenverband Bischofshofen um Subvention für 1999;
 - 2) Ansuchen der Fischereisektion Bischofshofen um Subvention für 1999;
 - 3) Ansuchen des Sportclub Mitterberghütten um Gratisbenützung des Turnsaales der Volksschule Markt;
7. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Finanzausschusses vom 03. Dezember 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 2) Pensionistenverband Österreich - OGR Bischofshofen; Subventionsansuchen

- 3) Fremdenverkehrsverband Bischofshofen, Kostenbeteiligung an außerordentlichen Aufwendungen
 - 4) Gastwirteverband Bischofshofen, finanzielle Unterstützung für Durchführung Feierlichkeiten zum Jahreswechsel
 - 5) Allgemeine Sonderschule, Ankauf eines Wäschetrockners und einer Waschmaschine
 - 6) Vergnügungssteuerverordnung
 - 7) SK-Bischofshofen, Nachlass Hallenmiete Hermann-Wielandner-Halle
 - 8) Absiedlung Musikerheim der Bundesbahnmusikkapelle - Finanzierung
 - 9) Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge) ab Wirksamkeitsbeginn 01.01.2000 mit Ausnahme Wasserzins und Kanalbenützungsgebühr
-
8. Mobil Sport- u. Öffentlichkeitswerbung Ges.m.b.H. & Co KG - Marktgemeinde Bischofshofen; Pachtvertrag für Leuchttinfokasten "City-Light"; Beratung und Beschlussfassung
 9. Verordnung der entsprechenden Verkehrszeichen für die Molkereiunterführung; Beratung und Beschlussfassung
 10. Bebauungsplan Bereich Vordermoos - Südost; Beratung und Beschlussfassung
 11. Regionalmanagement für den Bezirk Pongau;
 1. Beitritt zum Regionalverband Pongau
 2. Mitgliedsbeitrag zum Regionalverband Pongau;Beratung und Beschlussfassung
 12. Ortsleitbild für Bischofshofen; Beratung und Beschlussfassung
 13. Freiwillige Feuerwehr Bischofshofen; Reparaturkosten Löschfahrzeug Unimog 1300 L; Beratung und Beschlussfassung
 14. Weihnachtsgabe 1999 für Gemeindebedienstete; Beratung und Beschlussfassung
 15. Abgaben für Wasserzins und Kanalbenützung (Steuern, Gebühren, Beiträge) ab Wirksamkeitsbeginn 01.01.2000; Beratung und Beschlussfassung
 16. Voranschlag 2000; Beratung und Beschlussfassung
 17. Allfälliges

VERLAUF DER SITZUNG

Der Vorsitzende begrüßt die erschienenen Mitglieder der Gemeindevertretung. Er stellt fest, dass die Tagesordnung jedem Mandatar mitgeteilt und auch an der Amtstafel zeitgerecht kundgemacht wurde.

Von den 25 Mandataren sind derzeit 22 anwesend, Herr GV KREUZBERGER hat sich entschuldigt, Frau GV SCHARLER und Herr GV SCHREMPF kommen etwas später. Da mehr als 2/3 der Mandatare anwesend sind, ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Herr Bgm. ROHRMOSER gratuliert Frau GV LACKNER zur Geburt ihres Sohnes.

Außerdem gratuliert Herr Bgm. ROHRMOSER dem Judo-Verein Bischofshofen zum Staatsmeistertitel.

Der Vorsitzende verliest die Tagesordnung.

Herr GR Mag. LANZENBERGER stellt den *Antrag, auf die Verlesung der Protokolle zu verzichten und nur die Punkte zu behandeln, welche zu beschließen sind.*

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Nun ersucht der Vorsitzende um Abstimmung über die Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Herr Bgm. ROHRMOSER eröffnet die Fragestunde für die Gemeindebürger.

Herr Kreuzberger Rupert, Obmann des Judo Clubs ESV-HYPO-SANJINDO, stellt die Frage, ob für einen Hallenneubau im Budget ein Betrag vorgesehen wurde. Es gab bereits zu Zeiten des Bürgermeister Haselsteiner Bemühungen für den Bau einer Judo Halle.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass im Budget für den Bau einer Judo Halle kein Betrag vorgesehen ist. Es gibt keinen Beschluss für eine Beteiligung an einem Hallenneubau. Außerdem weist Herr Bgm. ROHRMOSER darauf hin, dass von Seiten der Gemeinde als Vorbedingung für eine allfällige Beteiligung gefordert wurde, dass die Grundfrage mit der ÖBB zu klären ist, was jedoch bis heute nicht geschehen ist.

Herr Kreuzberger erklärt, dass diesbezüglich im Jänner ein Besprechungstermin zwischen ESV und ÖBB vorgesehen ist. Es ist geplant, einen Pachtvertrag auf 30 Jahre abzuschließen. Er ersucht deshalb die Gemeindevertretung, den Hallenneubau im Budget zu berücksichtigen. Außerdem weist er auf die Leistungen des Vereines hin, welcher bereits zum 4. Mal den Meistertitel erringen konnte und einige Vize-Meister vorweisen kann. Der Verein wurde auch von der LSO für die beste Nachwuchsarbeit ausgezeichnet.

Im nächsten Jahr sollte das Olympiavorbereitungs-Programm in Bischofshofen abgehalten werden. Die gesamte Nationalmannschaft wird in Bischofshofen trainieren. Die derzeitigen Trainingsbedingungen sind nicht mehr zeitgerecht.

Herr Vzbgm. BARKMANN schließt sich den Glückwünschen des Bürgermeisters an. Er weist darauf hin, dass das Budget noch nicht beschlossen ist. Sollte bezüglich des Grundstückes eine Regelung mit den ÖBB getroffen werden, wird die SPÖ dem Projekt positiv gegenüber stehen. Er glaubt, dass es eine Möglichkeit gibt, im Zuge der Beratung des Budgets, hierfür Vorsorge zu treffen.

Auch Herr GR Mag. LANZENBERGER steht dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber, jedoch muss zuerst die Grundstückssituation geklärt sein.

Frau Reiter vom Judo-Club weist die Gemeindevertretung nochmals auf die schlechten Trainingsbedingungen hin und ersucht diese, sich davon ein persönliches Bild zu verschaffen.

Herr GV SCHREMPF betritt den Sitzungssaal (18.25 Uhr).

Herr Erber erklärt, dass er vor 50 Jahren in die erste Gemeindevertretung gewählt wurde. Er ersucht die Gemeindevertretung sich die im Radio genannte Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühr gut zu überlegen.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass die Erhöhung der Wasser- und Kanalgebühr ein Vorschlag des Amtes war, welcher für weitere Beratungen in den Fraktionen aus dem Finanzausschuss herausgenommen wurde. Bisher war es üblich, dass man derartige Dinge unter den Parteien ausgesprochen hat und nicht gleich die Presse eingeschaltet hat. Für diese Vorgangsweise hat er kein Verständnis.

Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER erklärt, dass sich der ORF in dieser Angelegenheit mit ihm in Verbindung gesetzt hat. Die Beantwortung der gestellten Fragen und Auskunfterteilung ist ein legitimes Recht jedes Mandatars.

Herr Vzbgm. BARKMANN ist der Meinung, dass Amtsberichte gemeinsam mit dem Bürgermeister erarbeitet werden und die Ansicht des Bürgermeisters wiedergeben. Bezüglich der Budgeterstellung wäre ein Gespräch mit den Fraktionen notwendig gewesen.

Es erfolgen noch weitere Wortmeldungen von Herrn GV Kuchling, Herrn Bgm. ROHRMOSER, Herrn GR Mag. LANZENBERGER und Herrn Vzbgm. WERAN-RIEGER über den geplanten Voranschlag.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen der Gemeindebürger erfolgen, schließt Herr Bgm. ROHRMOSER die Fragestunde und geht wieder in die Tagesordnung über.

1. Verlesung und Genehmigung des Protokolles der Gemeindevertretungssitzung vom 25. November 1999

Herr Bgm. ROHRMOSER verliest die Tagesordnung und beantwortet die Anfragen, welche unter Tagesordnungspunkt "Allfälliges" in der Gemeindevertretungssitzung am 25.11.1999 an das Amt gerichtet wurden.

GV GANTSCHNIGG: das Lidl-Geschäft wird während der ganzen Nacht beleuchtet. Das Kabel für die Beleuchtung wird vom Bauhof her geleitet. Er ersucht dies zu prüfen und die Beleuchtung ab Mitternacht abzustellen.

Erledigung: Der Strom für die Versorgung der Werbeanlage wird vom Bauhof hergeleitet. Es besteht ein Sub-Zähler, die Stromkosten werden dem Betreiber (Fa. Heinrich Schuster) weiter verrechnet. Hinsichtlich der Abstellung der Beleuchtung ab Mitternacht wird mit dem Betreiber Kontakt aufgenommen, der Einbau eines Zeitschalters ist jederzeit möglich.

GR SALLER: werden die Reihenhäuser in der Vordermoos-Siedlung von der Fa. Kaiser gebaut? Angeblich gibt es Probleme mit der Umwidmung.

Erledigung: Der Bebauungsplan „Vordermoos - Südost“ liegt in der heutigen Sitzung unter TOP 10 zur Beschlussfassung vor. Nach Rechtskraft des Bebauungsplanes kann das Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden.

GV KREUZBERGER: die Beleuchtung im Durchgang bei der Pfarre zum Tirolerwirt ist kaputt.

Erledigung: Bauhof wurde informiert, in Bearbeitung

GV Mitterstieler: die Schneeräumung funktioniert sehr gut, er ersucht jedoch ein Augenmerk auf den Citybus zu werfen, um Verspätungen zu vermeiden.

Erledigung: Bauhof wurde informiert, wird beachtet

GR Altmann: wie sieht die rechtliche Situation in der Zinngießergasse aus.

Bgm. ROHRMOSER: ein Gespräch wird mit Herrn Facinelli geführt werden

Herr GV GANTSCHNIGG weist darauf hin, dass bei der Fa. Lidl das Licht noch immer die ganze Nacht brennt.

Herr GV Mitterstieler ersucht um Korrektur im Protokoll, worin es heißt: Herr GV Mitterstieler erklärt, die Schneeräumung funktioniert sehr gut, er ersucht jedoch ein Augenmerk auf den Citybus zu werfen, um Verspätungen zu vermeiden. Richtig heißt es, "ein Augenmerk auf die Straßen zu werfen, welcher der City-Bus befährt."

Herr GV GANTSCHNIGG stellt die Frage zu Tagesordnungspunkt 10) Grundkauf Gemeinde - Skiclub, ob die Kaufsumme im Budget 2000 aufgenommen wurde.

Herr Bgm. ROHRMOSER bejaht dies.

Zu Pkt. 3) der Tagesordnung erklärt Herr GR OBINGER, dass die Kosten für die Boxenreparatur ÖS 4.800,00 von der Versicherung getragen wurden, es ergeben sich daher Gesamtkosten von ÖS 23.872,00.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, ersucht der Vorsitzende dem Protokoll die Zustimmung zu erteilen.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

2. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Umwelt-, Energie- und Zivilschutzausschusses vom 10. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:

4) Aktion "Naturnahe Gartengestaltung"; Prämierung

5) Aktion "Naturnahe Gartengestaltung"; Prämierungsveranstaltung 23.11.99; Ankauf von Sachpreisen

6) Umweltschutzpreis 1998/1999

Der Vorsitzende ersucht Frau GR ALTMANN um ihren Bericht.

Frau GR ALTMANN verliest die Tagesordnung und berichtet auszugsweise aus dem Protokoll.

Zu Punkt 4) Aktion "Naturnahe Gartengestaltung"; Prämierung, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge folgende Personen für den Umweltbewerb 1999 „Gepflegte naturnahe Gartenanlagen, Vorgärten und Hecken“ auszuzeichnen:

Maria STOCK / Zimmerbergsiedlung 15

Rosina PALZER / Ed.Ellmauthalerstrasse 2

Helma DICK / Alte Bundesstrasse 67

Helga GSCHWANDTNER / Moosberggasse 34

Monika AUER / Buchberg 4

Veronika WESTENTHALER / Bodenlehenstrasse 11

Herta GANTSCHNIGG / Gasteinerstrasse 56 A

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Zu Punkt 5) Aktion "Naturnahe Gartengestaltung"; Prämierungsveranstaltung 23.11.99; Ankauf von Sachpreisen, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen,

- die Prämierungsveranstaltung am 23.11.1999 mit Beginn um 19'00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde abzuhalten
- an die prämierten Gärtnerinnen Anerkennungsurkunden, Bücher und Herbstblumensträuße zu überreichen.

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Zu Punkt 6) Umweltschutzpreis 1998/1999, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen,

- den Preis für besondere Leistungen im Bereich Umwelt, Energie und Zivilschutz „Umweltschutzpreis 1998/1999“ gleich den Richtlinien für den Preis 1995 auszuschreiben und die Verleihung im Jahr 2000 vorzunehmen.

Es erfolgt keine Wortmeldung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zum Gesamtprotokoll ersucht Herr GV GANTSCHNIGG um Korrektur, er hat um Aufstellung einer 120 L "gelben Tonne" angesucht, im Protokoll heißt es, Herr GV GANTSCHNIGG ersucht um Austausch einer 120 L "gelben Tonne" anstatt einer 240 L "gelben Tonne".

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, dem Gesamtprotokoll die Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Sozial-, Familien-Senioren- und Gesunde Gemeinde-Ausschusses vom 11. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:
2 b) Seniorenheim Bischofshofen; Umstrukturierung Personal, Essenszeiten
2 c) Seniorenheim Bischofshofen; Erhöhung der Kosten für Gästezimmer

Der Vorsitzende ersucht Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER um seinen Bericht.

Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER verliest die Tagesordnung und berichtet auszugsweise aus dem Protokoll.

Zu Punkt 2b) Seniorenheim Bischofshofen; Umstrukturierung Personal, Essenszeiten, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die Umstrukturierung und somit die Voraussetzung für eine optimale Pflege und Betreuung nach den neuesten Richtlinien des Landes unter bester Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen per 01.12.1999 durchgeführt werden kann.

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Zu Punkt 2c) Seniorenheim Bischofshofen; Erhöhung der Kosten für Gästezimmer, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der Tarif für das Gästezimmer im Seniorenheim Bischofshofen, mit Wirksamkeit 01.01.2000 auf ÖS 800,00 erhöht wird.

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Zum Tagesordnungspunkt 3) des Protokolles ersucht Frau GR SALLER um Ergänzung welche lautet, "dass bei Verhinderung von Herrn Bgm. ROHRMOSER und Herrn Vzbgm. WERAN-RIEGER eine Person seines Vertrauens aus dem Sozialausschuss entsandt wird".

Herr Vzbgm. BARKMANN stellt die Frage, ob beim Gemeindeverband die Bestimmungen der Gemeindeordnung bezüglich Vertretungsbefugnis anzuwenden sind.

Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER erklärt, dass morgen in Mühlbach eine Sitzung stattfindet, wo über dieses Thema diskutiert wird und in einer Sitzung des Sozialausschusses im Jänner abgestimmt werden soll.

Herr Mag. HINTERSTOISSER erklärt, dass in den Satzungen die Vertretung des Bürgermeisters nicht geregelt ist. Er ist der Meinung, dass die Vertretung wie in der Gemeindeordnung festgelegt, zu erfolgen hat.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, dem Gesamtprotokoll die Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- 4. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Wirtschafts- und Ortsmarketingausschusses vom 22. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:**
- 3) Neuauflage der Ortsbroschüre**
 - 4) Richtlinien zur Förderung von Klein- u. Mittelbetrieben**

Der Vorsitzende ersucht Herrn GR Mag. LANZENBERGER um seinen Bericht.

Herr GR Mag. LANZENBERGER verliest die Tagesordnung und berichtet auszugsweise aus dem Protokoll.

Zu Punkt 3) Neuauflage der Ortsbroschüre, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge die Neuauflage der Ortsbroschüre in Zusammenarbeit mit dem Verlag ROGO-Druck beschließen; die Interessenten sind auf ortsansässige Firmen zu beschränken.

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.* (Herr GV Mitterstieler ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal).

Zu Punkt 4) Richtlinien zur Förderung von Klein- u. Mittelbetrieben, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge die Richtlinien zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben lt. Anlage beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf die Anfrage von Herrn Vzbgm. BARKMANN, wie viele Anfragen betreffend Betriebsansiedlung pro Jahr im Amt eingehen, antwortet Herr Mag. HINTERSTOISSER ca. 10.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, dem Gesamtprotokoll die Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

5. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Bildungs-, Kindergarten-, Kultur- und Partnerschaftsausschusses vom 29. November 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:

- 3) Ansuchen der Malergruppe Friedhofgasse für Ausstellung in der Georgikirche**
- 4) Zentrum für Tageseltern in Salzburg, Ansuchen um Ausstellung eines Bedarfsbescheides lt. § 5 Sbg. Tagesbetreuungsgesetz**
- 5) Pfarrkirche Bischofshofen; Ansuchen um Bedarfsfeststellung für den Pfarrkindergarten gem. § 25 des Salzburger Kindergartengesetzes für das Kalenderjahr 2000**
- 6) Volkshochschule Bischofshofen; Ansuchen um Subvention für 1999 und 2000**

Der Vorsitzende ersucht Frau GR SALLER um ihren Bericht.

Frau GR SALLER verliest die Tagesordnung und berichtet auszugsweise aus dem Protokoll.

Zu Punkt 3) Ansuchen der Malergruppe Friedhofgasse für Ausstellung in der Georgikirche, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, der Malergruppe Friedhofgasse 6 die Genehmigung für die Ausstellung in den Monaten Mai und Juni 2000 in der Georgikirche zu gewähren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 4) Zentrum für Tageseltern in Salzburg, Ansuchen um Ausstellung eines Bedarfsbescheides lt. § 5 Sbg. Tagesbetreuungsgesetz, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der über den Mindestbedarf hinausgehende Bedarf, gem. § 5 (3) Salzburger Tagesbetreuungsgesetz, für 1 Platz für das Zentrum für Tageseltern in Salzburg, Franz-Josef-Straße 4, 5020 Salzburg, gegeben ist. Diese Bedarfsfeststellung ist bis 31.12.2000 zu befristen.

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Zu Punkt 5) Pfarrkirche Bischofshofen; Ansuchen um Bedarfsfeststellung für den Pfarrkindergarten gem. § 25 des Salzburger Kindergartengesetzes für das Kalenderjahr 2000, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der Bedarf für den Pfarrkindergarten, Gasteinerstraße 25, 5500 Bischofshofen vom 1.1.2000 bis 31.08.2000 für 3 Gruppen (75 Kinder) und ab 1. September 2000 bis 31.12.2000 für zwei Gruppen (50 Kinder) gegeben bzw. festzustellen ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Frau GR ALTMANN weist darauf hin, dass die Gemeinde-Kindergärten bei den Öffnungszeiten flexibler werden müssen. Der Pfarrkindergarten ist ein Vorbild für die Kindergärten, auch in der Schulkindbetreuung.

Zu Punkt 6) Volkshochschule Bischofshofen; Ansuchen um Subvention für 1999 und 2000, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, die Volkshochschule Salzburg, für die Jahre 1999 und 2000 mit einem Betrag in der Höhe von ÖS 50.000,-- für 1999 und ÖS 50.000,-- für 2000 zu unterstützen. Die Beträge finden unter der Haushaltsstelle 1/270/707 ihre Bedeckung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr GV beanstandet, dass die Ansuchen erst Mitte bis Ende des Jahres bei der Gemeinde einlangen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, ersucht der Vorsitzende um Abstimmung über das Gesamtprotokoll.

Das Gesamtprotokoll wird einstimmig angenommen.

Frau GV SCHARLER betritt den Sitzungssaal (19.20 Uhr).

- 6. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Sportausschusses vom 01. Dezember 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:**
- 1) Ansuchen des Pensionistenverband Bischofshofen um Subvention f. 1999;**
 - 2) Ansuchen der Fischereisektion Bischofshofen um Subvention für 1999;**
 - 3) Ansuchen des Sportclub Mitterberghütten um Gratisbenützung des Turnsaales der Volksschule Markt;**

Der Vorsitzende ersucht Herrn GR ENENGL um seinen Bericht.

Herr GR ENENGL verliest die Tagesordnung und berichtet auszugsweise aus dem Protokoll.

Zu Punkt 1) Ansuchen des Pensionistenverband Bischofshofen um Subvention für 1999, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dem Pensionistenverband Bischofshofen, Sektion Asphaltstockschießen, eine Subvention für das Sportjahr 1999 in der Höhe von ÖS 1.000,00 zu gewähren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. (Herr GR OBINGER ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal)

Zu Punkt 2) Ansuchen der Fischereisektion Bischofshofen um Subvention für 1999, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, der Fischereisektion Bischofshofen eine Subvention für das Sportjahr 1999 in der Höhe von ÖS 3.000,00 zu gewähren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. (Herr GR OBINGER ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal)

Zu Punkt 3) Ansuchen des Sportclub Mitterberghütten um Gratisbenützung des Turnsaales der Volksschule Markt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der Sportclub Mitterberghütten, Sektion Volleyball, für die Volleyballmeisterschaft den Turnsaal der VS Markt an nachfolgenden Tagen kostenlos benützen darf:

Sonntag, 16.01.2000 ab 11.00 Uhr, Sonntag, 13.02.2000 ab 12.00 Uhr,
Sonntag, 27.02.2000 ab 11.00 Uhr sowie Samstag, 29.01.2000 ab 12.00 Uhr.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, dem Gesamtprotokoll die Zustimmung zu erteilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- | |
|---|
| <p>7. Verlesung und Genehmigung des Protokolles des Finanzausschusses vom 03. Dezember 1999, mit den Anträgen zu den Punkten:</p> <ul style="list-style-type: none">2) Pensionistenverband Österreich - OGR Bischofshofen; Subventionsansuchen3) Fremdenverkehrsverband Bischofshofen, Kostenbeteiligung an außerordentlichen Aufwendungen4) Gastwirteverband Bischofshofen, finanzielle Unterstützung für Durchführung Feierlichkeiten zum Jahreswechsel5) Allgemeine Sonderschule, Ankauf eines Wäschetrockners und einer Waschmaschine6) Vergnügungssteuerverordnung7) SK-Bischofshofen, Nachlass Hallenmiete Hermann-Wielandner-Halle8) Absiedlung Musikerheim der Bundesbahnmusikkapelle - Finanzierung9) Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge) ab Wirksamkeitsbeginn 01.01.2000 mit Ausnahme Wasserzins und Kanalbenützungsg Gebühr |
|---|

Der Vorsitzende verliest die Tagesordnung und berichtet auszugsweise aus dem Protokoll.

Zu Punkt 2) **Pensionistenverband Österreich - OGR Bischofshofen; Subventionsansuchen**, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass dem Pensionistenverband Österreich, OGR Bischofshofen, für das Jahr 1999 eine Subvention in der Höhe von ÖS 2.700,00 gewährt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3) **Fremdenverkehrsverband Bischofshofen, Kostenbeteiligung an außerordentlichen Aufwendungen**, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, eine Kostenbeteiligung an den außerordentlichen Aufwendungen des Fremdenverkehrsverbandes Bischofshofen im erwünschten Ausmaß von ÖS 89.778,00 abzulehnen.

Herr Vzbgm. BARKMANN weist auf seine Wortmeldung in der jüngsten Sitzung des Verkehrsausschusses hin, wo er vorgeschlagen hat, eine Bestandsaufnahme der Wanderwege zu machen, die Haftungsfrage zu klären; den Kostenaufwand der Gemeinde innerhalb und außerhalb der Ortsgrenze für Wanderwege, -pflege und bauliche Maßnahmen zu klären. Erst auf der Grundlage dieser Ergebnisse könne über eine Aufteilung Fremdenverkehrsverband - Gemeinde, ernsthaft diskutiert werden, wie die jetzige und zukünftige Regelung betreffend Aufgaben Grundbesitzer - Gemeinde - Fremdenverkehrsverband aussieht bzw. aussehen soll.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass auch er bereits darauf hingewiesen hat, offene Punkte zu klären, um eine für alle Seiten befriedigende Lösung zu finden.

Herr GV GANTSCHNIGG weist darauf hin, dass eine Ablehnung keine befriedigende Lösung ist. Es ist bereits in einem Protokoll vom 2. April 1996 darauf hingewiesen worden, in dieser Angelegenheit dringend eine Lösung zu finden.

Herr GR Mag. LANZENBERGER ist ebenfalls der Meinung, dass so bald als möglich eine Vereinbarung neu getroffen wird.

Herr GR PFUNER erklärt, dass damals die 60 : 40 Lösung entstanden ist. Derzeit besteht keine Möglichkeit die Wanderweg abzugehen. In erster Linie muss der Fremdenverkehrsverband sagen, welche Wanderwege benötigt werden, hier wurden mit Herrn Pamminger bereits Gespräche geführt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 4) **Gastwirteverband Bischofshofen, finanzielle Unterstützung für Durchführung Feierlichkeiten zum Jahreswechsel**, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die Gemeinde Bischofshofen die Kosten des Feuerwerkes - Kostenrahmen etwa ÖS 30.000,00 - anlässlich der geplanten Feierlichkeiten zum Jahreswechsel 1999/2000 übernimmt.

Herr Vzbgm. BARKMANN erklärt, dass er nicht einsieht, dass die Gemeinde gewerbliche Veranstaltungen unterstützt. Er ist jedoch einverstanden, wenn die Gemeinde das Feuerwerk der Bevölkerung widmet. Herr Vzbgm. BARKMANN ist der Meinung, dass der Kostenrahmen maximal ÖS 30.000,00 betragen soll.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass die Gemeinde das Feuerwerk widmen soll und dass Herr Brandecker damit beauftragt werden soll. Voraussetzung ist, dass dieser eine entsprechende Gewerbeberechtigung besitzt. Unter Absprache mit den

Betreibern des Festes soll der Platz festgelegt werden, von wo man das Feuerwerk zündet. Sollten Schäden auftreten, soll nicht die Gemeinde haftbar gemacht werden.

Herr GV GANTSCHNIGG und Herr GR Mag. LANZENBERGER sind auch der Meinung, dass der Jahreswechsel auf das Jahr 2000 ein besonderer Fall ist und aus diesem Grund ein Feuerwerk von der Gemeinde finanziert werden kann.

Auch Herrn GV KUCHLING ist der Meinung, dass die Gastwirte keine Subvention erhalten sollen, das Feuerwerk jedoch soll für jeden Bürger sein.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, ersucht Herr Bgm. ROHRMOSER um Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 5) Allgemeine Sonderschule, Ankauf eines Wäschetrockners und einer Waschmaschine, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass für die Sonderschule für schwerstbehinderte Kinder in der Hermann-Wielandner-Hauptschule ein Wäschetrockner von der Fa. Ebster zum Preis von ÖS 8.990,00 und eine Waschmaschine von der Fa. Scheibenpflug zum Preis von ÖS 7.990,00 angeschafft wird. Die Gesamtkosten betragen ÖS 16.980,00.

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Zu Punkt 6) Vergnügungssteuerverordnung, erklärt, Herr Bgm. ROHRMOSER, dass die Verordnung jedem Mandatar mit dem Protokoll zugestellt wurde.

Herr Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag, auf die Verlesung der Verordnung zu verzichten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Bgm. ROHRMOSER stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge die Vergnügungssteuerverordnung lt. Beilage beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 7) SK-Bischofshofen, Nachlass Hallenmiete Hermann-Wielandner-Halle, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass dem SK-Bischofshofen für das von ihm am 11.12.1999 zu veranstaltende "Steinbock-Turnier" die vorgeschriebene Benützungsgebühr der Hermann-Wielandner-Halle nicht erlassen wird bzw. der SK-Bischofshofen die entsprechende Gebühr in der Höhe von ÖS 5.500,00 zu zahlen hat.

Es erfolgt keine Wortmeldung. *Der Antrag wird einstimmig angenommen.*

Zu Punkt 8) Absiedlung Musikerheim der Bundesbahnmusikkapelle - Finanzierung, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge

beschließen, dass für die Bundesbahnmusikkapelle Bischofshofen im Rechnungsjahr 1999 zusätzlich zu dem bereits vorgeschlagenen Betrag von ÖS 1.000.000,00, ein weiterer Betrag von ÖS 4.150.000,00 (2. Rate ÖS 4.000.000,00 und Wertsicherungsbetrag von ÖS 150.000,00) bereitgestellt wird.

Herr Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass dieser Punkt 8) unter dem Tagesordnungspunkt 16) Voranschlag 2000 mit dem Budget abgehandelt und beschlossen wird. Er glaubt, dass nicht zu erwarten ist, dass das Musikerheim im Jahr 2000 fertiggestellt wird. Wenn man sagt, mit Baufortschritt die 4 Mio. zu bezahlen, hätte man für das nächste Jahr unter Umständen eine Reserve.

Herr Bgm. ROHRMOSER weist darauf hin, dass lt. Vertrag bis Juni 2001 das Musikerheim abgesiedelt sein muss.

Herr GV KUCHLING und Herr GV GANTSCHNIGG sehen keinen Anlass, diesen Punkte herauszunehmen.

Herr Bgm. ROHRMOSER ersucht um Abstimmung über den Antrag, von Herrn Vzbgm. BARKMANN, dass dieser Tagesordnungspunkt unter dem TO Pkt. 16) zusammen mit dem Budget abgehandelt wird.

Für den Antrag stimmen 12 Mandatare (12 SPÖ), gegen den Antrag stimmen 12 Mandatare (9 ÖVP, 2 FPÖ, 1 UBB).

Der Antrag ist aufgrund Dirimierung des Bürgermeisters abgelehnt.

Nun ersucht Herrn Bgm. ROHRMOSER um Abstimmung über den Amtsantrag.

Der Amtsantrag wird einstimmig angenommen.

Zu Punkt 9) Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge) ab Wirksamkeitsbeginn 01.01.2000 mit Ausnahme Wasserzins und Kanalbenützungsgebühr, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge die Abgaben (Steuern, Gebühren und Beiträge) ab Wirksamkeitsbeginn 01.01.2000 mit Ausnahme von Wasserzinsgebühr und Kanalbenützungsgebühr lt. Beilage beschließen.

Herr GR ENENGL weist darauf hin, dass die Seite 18 des Protokolles fehlt. Herr Bgm. ROHRMOSER verliest die Seite, diese wird nachgereicht.

Es ergehen einige Anfragen von Frau GR ALTMANN, Herrn GV WINDBICHLER, Herrn GV GANTSCHNIGG und Herrn Vzbgm. WERAN-RIEGER, welche von Herrn FOI SCHÜTTER und Herrn Bgm. ROHRMOSER beantwortet werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, ersucht Herr Bgm. ROHRMOSER um Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zum Gesamtprotokoll weist Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER darauf hin, dass er im Protokoll beim Tagesordnungspunkt 4) falsch zitiert wurde, worin es heißt, "Herrn Vzbgm. WERAN-RIEGER ist es ein wenig befremdend, dass Herr Schein zu dieser Sitzung eingeladen wurde,..."

Er sagte, für ihn sei es befremdend, dass ganz schnell eine andere Lösung gefunden wurde, weil Herrn Schein anwesend war. Außerdem sagte er, dass, wenn die Gemeinde ÖS 10.000,00 an die Gastwirte bezahlt, auch über eine allfällige Gewinnbeteiligung gesprochen werden kann.

Herr GV KUCHLING weist darauf hin, dass im Protokoll nicht erwähnt ist, dass er den Vorschlag für das Feuerwerk eingebracht hat.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, dem Gesamtprotokoll die Zustimmung zu erteilen.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Herr Bgm. ROHRMOSER schlägt eine Pause von 15 Minuten vor (20.00 Uhr).

Um 20.17 Uhr eröffnet Herr Bgm. ROHRMOSER wieder die Sitzung.

<p>8. Mobil Sport- u. Öffentlichkeitswerbung Ges.m.b.H. & Co KG - Marktgemeinde Bischofshofen; Pachtvertrag für Leuchtfokästen "City- Light"; Beratung und Beschlussfassung</p>
--

Der Vorsitzende ersucht den Bauamtsleiter um einen Bericht. Herr Ing. LIENBACHER berichtet sinngemäß des **Amtsberichtes**, der wie folgt lautet:

Zwischen der Mobil Sport- u. Öffentlichkeitswerbung Ges.m.b.H. & Co. KG, Kornstraße 4, 4060 Leonding und der Marktgemeinde Bischofshofen ist geplant, einen Pachtvertrag über die Aufstellung von 5 Leuchtfokästen abzuschließen.

- Die Gemeinde erhält von Mobil für die Laufzeit dieses Vertrages kostenlos die vereinbarten 5 Stk. Leuchtfokästen.
- Die Aufstellung der Leuchtfokästen erfolgt durch die Gemeinde, inklusive der Herstellung des elektrischen Anschlusses. Die Gemeinde gewährleistet eine kontinuierliche Stromversorgung zum permanenten Betrieb der Leuchtfokästen.
- Die anfallenden Betriebskosten und Erhaltungskosten werden von der Fa. Mobil an die Marktgemeinde Bischofshofen vergütet.
- Im Falle einer Beschädigung oder Betriebsstörung eines Leuchtfokastens hat die Gemeinde die Fa. Mobil unverzüglich zu informieren, welche die Beseitigung der Störung auf ihre Kosten veranlasst.
- Die Gemeinde erhält das Recht, auf Verlangen eine Werbefläche von 15 in einem Zeittakt wechselnden Einzelwerbungen für eigene Zwecke zu nutzen. Zusätzlich steht der Marktgemeinde Bischofshofen die Rückseite der Leuchtfokästen für die Anbringung von Gemeindeformen (Ortspläne, Veranstaltungshinweise, usw.) zur Verfügung.

- Während der Laufzeit des Pachtvertrages hat Mobil das alleinige Recht zur Auslieferung und Vermarktung der ersten fünf Leuchtfokästen.
- Für die Aufstellung der Leuchtfokästen erhält die Gemeinde einen jährlichen Pachtzins von ATS 8.000,-- pro aufgestelltem Leuchtfokasten.
- Die Pachtdauer beträgt 10 Jahre, und verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr. Eine Kündigung des Vertrages ist beidseitig mit jährlicher Frist zum Ablauf schriftlich möglich.

Seitens der Gemeinde ist derzeit die Aufstellung von 5 Leuchtfokästen geplant, welche bei den neu zu errichtenden Bushaltestellen integriert werden.

Es erfolgen einige Anfragen von Frau GR ALTMANN, Herrn Vzbgm. BARKMANN, Herrn GV Ing. BERGMÜLLER und Herrn GV GANTSCHNIGG, welche von Herrn Ing. Lienbacher beantwortet werden.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge die Zustimmung zur Unterfertigung des beiliegenden Pachtvertrages, abgeschlossen zwischen der Mobil Sport- und Öffentlichkeitswerbung GesmbH. & Co. KG., Kornstr. 4, 4060 Leonding, und der Marktgemeinde Bischofshofen, erteilen.

Es sollen derzeit 5 Leuchtfokästen bei den neu zu errichtenden Bushaltestellen aufgestellt werden. Die Vertragsdauer beträgt vorerst 10 Jahre.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

<p>9. Verordnung der entsprechenden Verkehrszeichen für die Molkereiunterführung; Beratung und Beschlussfassung</p>
--

Der Vorsitzende berichtet sinngemäß des **Amtsberichtes**, der wie folgt lautet:

Die Marktgemeinde Bischofshofen beabsichtigt für die Molkereiunterführung folgende Verkehrszeichen zu verordnen bzw. stellt das Ansuchen um Verordnung an die Straßenpolizeibehörde Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau.

Bei der am 12.08.1998 durchgeführten eisenbahnrechtlichen Bauverhandlung wurde vom straßenverkehrstechnischen Amtssachverständigen Dipl.-Ing. Hermann Hutter folgendes Gutachten aus straßenverkehrstechnischer Sicht abgegeben:

- **Geschwindigkeitsbeschränkung 40km** (erlaubte Höchstgeschwindigkeit) § 52/Abs.10a Anbringung Baulosanfang (Molkereistraße), sowie bei der Mohnhammerbrücke Östliches Widerlager bzw. jeweils auf der Rückseite- Ende der Geschwindigkeitsbeschränkung § 52/ Abs. 10b.
- **Fahrverbot für über 3,3 m hohe Fahrzeuge** § 52/ Abs.9b,
- Anbringung Baulosanfang (Molkereistraße), Ostportal Unterführung, und Mohnhammer-Brücke Östliches Widerlager, sowie eine Zusatztafel beim

Östlichen Widerlager Mohshammerbrücke § 54 mit folgendem Text:
Ausgenommen Zufahrt Brückenmeisterei.

- **Vorrang geben** § 19/ Abs.4, bei der Einmündung in die Molkereistraße.
- **Sackgasse** § 53 für die Zufahrtsstraße zur Brückenmeisterei.

Herr GV GANTSCHNIGG ist der Meinung, dass ein Zeichen "Vorrang geben" von der Brückenmeisterei in die Unterführung aufgestellt werden muss.

Herr Vzbgm. BARKMANN ist ebenfalls für die Aufstellung einer Vorrangtafel, außerdem sollte man sich überlegen, im Bereich der Molkereiunterführung ein "Halte- u. Parkverbot" zu erlassen. Weiters stellt sich die Frage, warum im Bereich Stegfeld eine 30 km/h Beschränkung und in der Unterführung eine 40 km/h Beschränkung besteht.

Eine Beschilderung Richtung Grasslau und Stegfeld wäre angebracht.

Herr Ing. LIENBACHER erklärt, dass die Verkehrszeichen aufgrund Vorgaben von straßenbautechnischen Sachverständigen aufgestellt werden.

Frau GR SALLER ersucht, dass bei der Auffahrt auf die Brücke ein Geländer aufgestellt wird.

Herr Ing. LIENBACHER erklärt, dass das Geländer bereits bestellt ist.

Herr GV HABE weist darauf hin, dass die §§ falsch sind. Richtig heißen muss es § 52 lit a, Zif. 10a oder § 52 lit a Zif. 10 b usw.

Herr GR OBINGER beanstandet den spitzen Radius von der Brücke in die Unterführung.

Herr Ing. LIENBACHER erklärt, dass lt. straßenbautechnischer Sachverständigen der Radius ausreicht. Eine Vergrößerung des Radius hätte bis zu 2 Mio. Schilling mehr gekostet.

Frau GV RATH stellt die Frage, ob die Steigung für Rollstuhlfahrer nicht zu groß ist.

Herr Ing. LIENBACHER erklärt, dass eine Steigung von max. 8 % vorliegt, welche für Rollstuhlfahrer ausreichen müsste.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass die eingebrachten Anregungen geprüft werden.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge folgende Verkehrszeichen, sowie den Antrag um Verordnung an die Straßenpolizeibehörde zu stellen, beschließen:

* Im eigenen Wirkungsbereich der Marktgemeinde Bischofshofen laut StVO § 43

Geschwindigkeitsbeschränkung 40km (erlaubte Höchstgeschwindigkeit) § 52 lit a, Zif. 10a Anbringung Baulosanfang (Molkereistraße), Mohshammerbrücke Östliches Widerlager bzw. jeweils auf der Rückseite- Ende der Geschwindigkeitsbeschränkung § 52 lit a Zif. 10b.

* Verordnung durch Straßenpolizeibehörde - Bezirkshauptmannschaft St. Johann/Pg
Fahrverbot für über 3,3 m hohe Fahrzeuge § 52 lit a Zif. 9b,
Anbringung Baulosanfang (Molkereistraße), Ostportal Unterführung, Mohshammerbrücke Östliches Widerlager, sowie eine Zusatztafel beim Östlichen Widerlager Mohshammerbrücke § 54 mit folgendem Text: **Ausgenommen Zufahrt Brückenmeisterei.**

Vorrang geben § 19/Abs.4, bei der Einmündung in die Molkereistraße.

Sackgasse § 53 für die Zufahrtsstraße zur Brückenmeisterei

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10. Bebauungsplan Bereich Vordermoos - Südost; Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende ersucht Herrn Ing. LIENBACHER um einen Bericht. Herr Ing. LIENBACHER berichtet sinngemäß des Amtsberichtes, der wie folgt lautet:

Gemäß § 38 (1) sowie § 38 (2), Sbg. Raumordnungsgesetz 1998 i.d.g.F., beabsichtigt die Marktgemeinde Bischofshofen die Aufstellung eines Bebauungsplanes der Grundstufe für den Bereich der GP 375/5 und einer Teilfläche der GP 373/1, je GB. 55514 Winkl (Bereich Vordermoos-Südost).

Folgende Verfahrensschritte sind einzuhalten:

- 1) Kundmachung d. beabsichtigten Aufstellung des Bebauungsplanes
- 2) Erstellung des Entwurfes des Bebauungsplanes
- 3) Kundmachung der Auflage des Entwurfes des Bebauungsplanes
- 4) Übermittlung des Entwurfes des Bebauungsplanes der Grundstufe mit Beginn der Auflage an die Landesregierung zur Abgabe einer Stellungnahme
- 5) Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung unter Einbeziehung der vor-
gebrachten Einwendungen in die Beratung
- 6) Kundmachung nach gemeinderechtlichen Vorschriften
- 7) Übersendung einer Ausfertigung des Bebauungsplanes an die Landesregierung

Die Verfahrensschritte 1) bis 4) wurden bereits erfüllt. Während der Auflagefrist langten keine Einwendungen beim Gemeindeamt ein. Das Amt d. Sbg. Landesregierung hat mit Schreiben vom 12.8.1999, Zahl: 7/03-4/04507/2-1999, eine Stellungnahme zum geplanten Bebauungsplan abgegeben. Die

Abänderungswünsche wurden mittlerweile im vorliegenden Bebauungsplan eingearbeitet.

Es erfolgen einige Anfrage von Herrn GV GANTSCHNIGG, Herrn GR ENENGL, Herrn GR OBINGER und Frau GR SALLER, welche von Herrn Bgm. ROHRMOSER und Herrn Ing. LIENBACHER beantwortet werden.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beraten und den Bebauungsplan des Architekten Dipl. Ing. Maier Gerhard, Kreuzberg 71, betreffend die GP 373/5 und einer Teilfläche der GP 373/1, je GB. 55514 Winkl, beschließen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

<p>11. Regionalmanagement für den Bezirk Pongau; 1. Beitritt zum Regionalverband Pongau 2. Mitgliedsbeitrag zum Regionalverband Pongau; Beratung und Beschlussfassung</p>
--

Der Vorsitzende berichtet sinngemäß des Amtsberichtes, der wie folgt lautet:

1. Beitritt zum Regionalverband Pongau

- Einleitung

Die Gemeindevertretung von Bischofshofen hat in der Sitzung vom 7. Juli 1998 einstimmig beschlossen, dem Gemeindeverband „ÖPNV - Öffentlicher Personennahverkehr Pongau“ beizutreten. Ziel des ÖPNV war die gesamtheitliche Reorganisation und Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Pongau, insbesondere die Schaffung einer finanziellen Grundlage zur Sicherung der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in der Region.

Mit gleicher Sitzung wurde die anteilige Kostenübernahme zur Abdeckung des jährlichen Finanzbedarfes des Gemeindeverbandes ÖPNV für zusätzlich bestellte Leistungen im Rahmen des Pongau-Taktes einstimmig beschlossen.

Seit dem Jahre 1997 gibt es bei den Bürgermeistern des Bezirkes Pongau Bestrebungen, die Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander zu forcieren.

Eingeleitet wurde dies durch das Ziel 5 b Programm der EU, wobei ein für diesen Zweck gegründetes Regionalforum „Pongau-Lammertal“ die Agenden der Ziel 5 b Gemeinden betreut. Dies Ziel 5 b Programm der EU läuft mit 31.12.1999 aus, die bereits eingeleiteten Aktivitäten (Museumstourismus Pongau, Mobilitätszentrale Pongau, Projekt Sameralm, etc.) laufen mit Unterstützung des Landes Salzburg bis 2.006 (Auslaufphase). Diese Auslaufphase wurde vom Land Salzburg festgesetzt.

In der Bürgermeisterkonferenz vom 9. Juni 1999 wurde schließlich einstimmig der Grundsatzbeschluss gefasst, ein Regionalmanagement für alle Gemeinden des Bezirkes zu initiieren und darüber in den Gemeindevertretungen zu beraten und zu beschließen.

Die Kernaufgaben dieser regionalen Entwicklungsaufgaben sollen Regionalmanagement und Regionalmarketing, Projektentwicklung und Projektmanagement (EU-Strukturpolitik, weitere sektor- und gemeindeübergreifende Regionalprojekte, wie z.B. Pongau-Takt, Entwicklungsleitbild Pongau), Regionalplanung (ROG), Vernetzung regionaler Akteure, Beratung, Moderation und Unterstützung von Projektwerbern bzw. Projektbetreibern und sich ergebende Öffentlichkeitsarbeit sein.

Des weiteren wurde einstimmig beschlossen, keinen neuen Gemeindeverband zu gründen; vielmehr soll der bestehende Gemeindeverband „ÖPNV“ hinsichtlich seiner Aufgaben und Tätigkeiten erweitert werden. Die Statuten des Gemeindeverbandes „ÖPNV“ werden entsprechend adaptiert.

Der Organisationsplan des Regionalverbandes Pongau sieht folgende Finanzierung des Verbandes samt Regionalmanagement vor:

Einnahmen	ÖS	Ausgaben	ÖS
Bundeskanzleramt	100.000,- p.A.	Small projekt fund / zur Unterstützung von kleinen regionalen Projekten, Initiativen, Konzepten etc.	300.000,-
Land Salzburg	800.000,- p.A.	Werbung und PR	100.000,-
25 Pongauer Gemeinden ÖS 10,- /Einw./Jahr	800.000,- p.A.	Büro	100.000,-
		Aktionskosten	100.000,-
		Regionalmanagement 1Regionalmanager (ganztätig) 1Sekretärin (ganztätig)	1,1 Mio. p.A.

Um obige Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, zu beschließen,

- dass die Intensivierung der Zusammenarbeit der Pongauer Gemeinden und die Errichtung eines Regionalmanagements für alle Gemeinden des Bezirkes Sankt Johann im Pongau befürwortet wird.
- Dazu soll der Aufgabenbereich des bestehenden Gemeindeverbandes ÖPNV Pongau erweitert werden:
 - * Weitere Umsetzung des Ziel-5b-Programmes
 - * Ausweitung der Aktivitäten auf die Nicht-Ziel-5b-Gemeinden
 - * Gemeindeverband ÖPNV Pongau lt. Statuten vom 31.07.1998
 - * Wirtschaftsstandort Pongau – Forcierung der Betriebsansiedelungen
 - * Regionalplanung nach ROG

- * Regionale Servicestelle
- * Öffentlichkeitsarbeit, Information und PR
- Adaptierung der Statuten des Gemeindeverbandes „ÖPNV-Pongau“ einschließlich Umbenennung auf „Regionalverband Pongau“

Von Amts wegen geht der Antrag, den Beschlusstext zum Regionalverband Pongau wie folgt zu ergänzen:

- Mitgliedschaft zum Regionalverband Pongau nur bei Zuschüssen des Landes Salzburg in gleicher Höhe wie der Gemeindeanteil der Pongauer Gemeinden.

2. Mitgliedsbeitrag zum Regionalverband Pongau

Die Kostentragung des Regionalverbandes „Pongau“ ist wie folgt vorgesehen:

- Landeszuschüsse
- Beiträge der Mitgliedsgemeinden
- Sonderbeiträge oder freiwillige Zuschüsse der Mitgliedsgemeinden
- Vermögenserträge anderer Körperschaften oder Fonds
- Sonstiger Einnahmen

Die Verbandsbeiträge der verbandsangehörigen Gemeinden werden durch die Verbandsversammlung festgesetzt. Die Höhe der Verbandsbeiträge richtet sich unter Anwendung des arithmetischen Mittels nach den Einwohnerzahlen der Mitgliedsgemeinden laut Bevölkerungsfortschreibung des Landesstatistischen Dienstes des Landes Salzburg.

Die Abdeckung des jährlichen Finanzbedarfes des Gemeindeverbandes „ÖPNV-Pongau“ („Pongau-Takt“) laut Statuten vom 31. Juli 1998 bleiben davon unberührt. Dies betrifft die zusätzlich bestellten Leistungen im Rahmen des Pongau-Taktes.

Zur Erfüllung der im Amtsbericht zum Regionalverband „Pongau“ demonstrativ aufgezählten zusätzlichen Aufgaben wird laut Statuten des Regionalverbandes „Pongau“ der Mitgliedsbeitrag in der Höhe von ÖS 10,- (EUR 0,73) / Einwohner / Jahr basierend auf der jeweils aktuellen Bevölkerungsfortschreibung des Landesstatistischen Dienstes des Landes Salzburg festgesetzt.

Der Antrag lautet daher, die Gemeindevertretung von Bischofshofen möge der in der Anlage 1 angeschlossenen Satzung über die Bildung des Gemeindeverbandes „Regionalverband Pongau“ ihre Zustimmung mit dem Zusatzvermerk

- Mitgliedschaft zum Regionalverband Pongau nur bei Zuschüssen des Landes Salzburg in gleicher Höhe wie der Gemeindeanteil der Pongauer Gemeinden.

erteilen. Weiters möge die Gemeindevertretung beschließen, den jährlichen Mitgliedsbeitrag zum Regionalverband Pongau zur Erfüllung der zusätzlichen Aufgaben in der Höhe von ÖS 10,00 (EUR 0,73)/Einwohner/Jahr, basierend auf der jeweiligen Bevölkerungsfortschreibung des Landesstatistischen Dienstes des Landes Salzburg, zu leisten.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass eine Sitzung über die Gründung des Regionalverbandes stattfand. Eine Gründung war jedoch nicht möglich, da derzeit noch 6 Gemeinden fehlen.

Außerdem ist die Gründung einer Mobilitätszentrale mit Sitz in St. Johann geplant. Er vertritt die Meinung, dass für ihn nur eine Mobilitätszentrale mit Sitz in Bischofshofen in Frage kommt.

Herr GR Mag. LANZENBERGER erklärt, dass er ohne weiteres einverstanden ist, wenn der Sitz des Regionalverbandes in St. Johann ist, die Mobilitätszentrale soll jedoch in Bischofshofen sein.

Auch der City-Bus müsste in das öffentlichen Nahverkehrsnetz integriert werden. Er ist nicht mit allen Punkten des Regionalverbandes einverstanden, er hält einen Beitritt jedoch für sinnvoll.

Frau GR ALTMANN versteht nicht, warum das Projekt "Mobilitätszentrale" an den Regionalverband gebunden ist. Es gibt den Gemeindeverband "Personennahverkehr", hier könnte man die Mobilitätszentrale anschließen. Auch sie verwehrt sich gegen einen Sitz der Mobilitätszentrale in St. Johann. Bischofshofen ist der Verkehrsknotenpunkt.

Herr GV KUCHLING sieht dieses Projekt als Versorgungsinstitut für Manager, er wird dem nicht zustimmen.

Es erfolgt eine Diskussion, an der sich Herr GV GANTSCHNIGG, Herr Vzbgm. BARKMANN, Her Bgm und Herr GR Mag. LANZENBERGER beteiligen.

Herr Vzbgm. BARKMANN erklärt, dass aus Sicht der SPÖ derzeit kein Grund besteht, dem Regionalverband beizutreten. Er findet es nicht korrekt ist, dass es ohne Regionalverband keine Mobilitätszentrale gibt.

Herr Bgm. ROHRMOSER ist der Meinung, dass der Regionalverband gegründet und beobachtet werden soll, was weiter geschieht.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, ersucht Herr Bgm. ROHRMOSER um Abstimmung.

Für den Antrag stimmen 5 Mandatare (ÖVP - Bgm. ROHRMOSER, GR PFUNER, GR Mag. LANZENBERGER, GR SALLER, GV SCHARLER), gegen den Antrag stimmen 15 Mandatare (12 SPÖ, 2 FPÖ, 1 BB), der Stimme enthalten sich 4 Mandatare (ÖVP - GV HABE, GV SCHREMPF, GV SCHWARZENBERGER, GV LACKNER).

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

12. Ortsleitbild für Bischofshofen; Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende ersucht Herrn GR Mag. LANZENBERGER um einen Bericht. Herr GR Mag. LANZENBERGER berichtet sinngemäß des Amtsberichtes, der wie folgt lautet:

Die erste Phase des Ortsmarketings war vor allem der Analyse von Wirtschaftsthemen gewidmet und wurde im Juli 1998 erfolgreich abgeschlossen. Begleitet wurde diese Phase von Dr. Karl Schörghuber, Fa. Marketing Service GesmbH. Aus diesem Prozess haben sich Umsetzungsgruppen zu unterschiedlichen Themen gebildet.

Als zweiter Schritt im Ortsmarketing-Prozeß wurde das Gesamt-Leitbild für Bischofshofen erarbeitet. Als Projektleiter wurde Carlo Hujber von der Firma Communal Konzept beauftragt. Die Phase zwei startete am 15. Jänner 1999 mit einer Auftaktveranstaltung zum Leitbild, bei der die Bevölkerung eingeladen war. Inhalt der zweiten Phase war die Erarbeitung eines Fragebogens, der an alle Haushalte verschickt wurde und die Formulierung der Umfrage-Ergebnisse zum Gemeindeleitbild.

In Arbeitsgruppen wurden die Fragen für den 16 Seiten umfassenden Fragebogen ausgearbeitet, die Ergebnispräsentation vorbereitet und die Leitsätze formuliert. Insgesamt haben sich rund zweihundert Personen in zwei Jahren in zahlreichen Arbeitssitzungen und tausenden ehrenamtlich geleisteten Stunden mit dem Thema auseinandergesetzt.

Die Projektbegleitung, die Moderation der Arbeitsgruppen sowie die Erstellung der Zusammenfassungen und die Ausformulierungen im Detail wurden von der Communal Konzept vorgenommen. Die Betreuung vor Ort, Koordinationstätigkeiten und die Öffentlichkeitsarbeit wurden von der Gemeinde durchgeführt. Informiert wurde über den Leitbildprozess in der Gemeindezeitung "Bischofshofen informiert", in Aussendungen sowie mittels Presseinformationen und gezielten Aktionen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit.

Die Erarbeitung des Leitbildes erfolgte unter reger Anteilnahme der Bischofshofener Bevölkerung:

- über 150 Bürger/innen besuchten die Auftaktveranstaltung am 15. Jänner 1999
- über 1.100 Haushalte beteiligten sich an der Leitbildumfrage
- rund 300 Bürger/innen waren bei der Ergebnispräsentation am 17. September 1999 im Kultursaal anwesend

Das Leitbild steht aufgrund seiner Entstehung, der regen Teilnahme der Bevölkerung und der intensiven Information auf einer breiten Basis. Um die Ergebnisse aus der Phase 1 des Ortsmarketing-Prozesses zu berücksichtigen, wurden diese im Bereich Wirtschaft im Leitbild eingearbeitet. Das Leitbild ist somit ein umfassendes Instrument, das die Grundlage für die gesamtheitliche Entwicklung des Ortes in den kommenden Jahren darstellen kann.

Im Anschluss an das Leitbild ist eine CD-Linie zu erarbeiten. Mit der Communal Konzept wurde dies vertraglich vereinbart. Sinnvoll dabei ist allerdings, dass die Entscheidung über die Erhebung von Bischofshofen zur Stadt im kommenden Jahr abgewartet wird. Die Kosten für die Erarbeitung der CD-Linie sind daher für das Budget im Jahr 2000 vorzusehen.

Herr GR Mag. LANZENBERGER erklärt, dass jedem Mandatar sprachliche und inhaltliche Korrekturen zugegangen sind und ersucht diese im vorliegenden Leitbild zu korrigieren.

Herr GV GANTSCHNIGG stellt den Antrag, den Satz beim Amtsantrag anzuschließen, "es können daraus jedoch keine Verpflichtungen und Forderungen von der Gemeinde abgeleitet werden."

Er stellt außerdem die Frage, ob es einen Beschluss über einen vertraglichen Abschluss mit der Kommunalkonzept über die Erarbeitung einer CD-Linie gibt.

Herr GR Mag. LANZENBERGER erklärt, dass der Auftrag an die Kommunalkonzept die CD-Linie mit beinhaltet. Er hat das Konzept derzeit nicht zur Hand und kann diese Frage momentan nicht beantworten.

Auf die Frage von Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER, wie hoch die Kosten für die CD-Linie sind, erklärt Herr GR Mag. LANZENBERGER, dass ÖS 200.000,00 im Auftrag enthalten sind.

Herr GV KUCHLING ist der Meinung, dass das Gesamtleitbild überbewertet wird. Er hätte sich für die Kosten von ÖS 820.000,00 mehr erwartet.

Herr Vzbgm. BARKMANN betont, dass dies keine wissenschaftliche Studie ist, sondern eine Zusammenfassung eines längeren Prozesses ist.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, ersucht der Vorsitzende über den Antrag von Herrn GV GANTSCHNIGG abzustimmen.

Der Antrag lautet:, die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die vorliegende Fassung des Ortsleitbildes die Grundlage für die gesamtheitliche Entwicklung von Bischofshofen in den kommenden Jahren darstellt und ein maßgebliches Instrument für die zukünftige Entscheidungsfindung bildet. Es können daraus jedoch keine Verpflichtungen und Forderungen von der Gemeinde abgeleitet werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nun ersucht Herr Bgm. ROHRMOSER um Abstimmung über den Amtsantrag, der wie folgt lautet: die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die vorliegende Fassung des Ortsleitbildes die Grundlage für die gesamtheitliche Entwicklung von Bischofshofen in den kommenden Jahren darstellt und ein maßgebliches Instrument für die zukünftige Entscheidungsfindung bildet.

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

13. Freiwillige Feuerwehr Bischofshofen; Reparaturkosten Löschfahrzeug Unimog 1300 L; Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende erklärt, dass das Löschfahrzeug Unimog 1300 L aus dem Jahre 1986 derzeit außer Betrieb ist, da beim Starten des Fahrzeuges im Feuerwehrhaus am Sonntag, den 05.12.1999 der Starter und sämtliche Anschlusskabel aus ungeklärter Ursache abgebrannt sind.

Ein Schreiben der Freiwilligen Feuerwehr Bischofshofen ist jedem Mandatar zugegangen. Die entsprechenden Angebote der Fa. Georg Pappas AG, Mercedes-Benz und der Fa. Rosenbauer liegen vor.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass hierfür keine Bedeckung vorgesehen war, die Bedeckung kann jedoch durch die Mehreinnahmen Kommunalsteuer, Haushaltsstelle 2923/833, erfolgen.

Auf die Anfrage von Herrn GV GANTSCHNIGG bezüglich der Höhe der Kostenrückvergütung, erklärt Herr Bgm. ROHRMOSER, dass man die Höhe erst nach dem Ausbau des Starters genau sagen

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge der Reparatur des Löschfahrzeuges Unimog 1300 L die Zustimmung erteilen. Die Reparaturkosten belaufen sich lt. beiliegenden Angeboten der Fa. Rosenbauer auf ÖS 17.235,00 (netto ohne MWSt.) und der Fa. Georg Pappas, Mercedes-Benz auf ÖS 12.770,00 (inkl. MWSt.). Die Bedeckung soll in der Haushaltsstelle 2923/833, Mehreinnahmen Kommunalsteuer, erfolgen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. (Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal)

14. Weihnachtsgabe 1999 für Gemeindebedienstete; Beratung und Beschlussfassung

Frau GR SALLER, Herr GV PICHLER und Herr GR PFUNER verlassen aufgrund Befangenheit den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende berichtet sinngemäß des **Amtsberichtes**, der wie folgt lautet:

Laut Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung kann die Gemeindevertretung eine Weihnachtsgabe als freiwillige Leistung der Gemeinde an die Dienstnehmer/innen beschließen. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung wird unter der Voraussetzung gegeben, dass die angeführten Höchstgrenzen nicht überschritten werden und die Haushaltsmittel vorhanden sind. Im Einvernehmen mit dem Österreichischen Städtebund, dem Salzburger Gemeindeverband und der

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten bleibt die Höhe der Weihnachtsgabe den Gemeinden selbst überlassen. Als Stichtag für die Voraussetzung gilt der 1. Dezember 1999. Für die Vergabe werden von Seiten der Aufsichtsbehörde zwei Varianten vorgeschlagen.

Die Vergaberichtlinien des Landes (Variante A) lauten folgendermaßen:

* Gemeindebeamte bzw. -vertragsbedienstete	keine
* Das erste Kind *)	ÖS 1.200,00
* Das zweite Kind *)	ÖS 1.400,00
* Das dritte und jedes weitere Kind *)	ÖS 1.600,00
* Für Alleinverdiener und Alleinerhalter, deren monatliches Bruttoentgelt bei Vollbeschäftigung ÖS 17.079,30 (= 70 vH. Des Beamtenansatzes V- 2) nicht überschreitet zusätzlich einmalig	ÖS 400,00

Die Gemeinderegelung (Variante B) sieht folgende Vergaberichtlinien vor:

* Jede/r Gemeindebeamte des Dienst- und Ruhestandes sowie jede/r Vertragsbedienstete	ÖS 400,00
* Das erste Kind *)	ÖS 800,00
* Das zweite Kind *)	ÖS 1.000,00
* Das dritte und jedes weiter Kind *)	ÖS 1.200,00

Die Weihnachtsgabe nach Variante A und B kann auch allen versorgungsberechtigten Hinterbliebenen gewährt werden.

*) Voraussetzung ist, dass der bzw. dem Bediensteten des Dienst- bzw. Ruhestandes eine Kinderzulage gebührt.

Herr GV Ing. BERGMÜLLER stellt die Frage, wie hoch die Gesamtkosten bei der Variante A wären.

Herr Bgm. ROHRMOSER kann die Frage derzeit nicht beantworten, dies wird geklärt.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, den Gemeindebeamten des Dienst- und Ruhestandes sowie jedem Vertragsbediensteten eine Weihnachtsgabe entsprechend der Variante B (wie auch die Jahre zuvor) lt. Amtsbericht zuzuerkennen. Als Stichtag für die Auszahlung der Weihnachtsgabe ist der 1. Dezember 1999 heranzuziehen. Die Gesamtkosten für die diesjährige Weihnachtsgabe belaufen sich entsprechend dem derzeitigen Dienstnehmerstand, für den die Weihnachtsgabe in Frage kommt, auf rund ÖS 190.000,00 (inkl. Dienstgeberbeiträge). Die dafür nötigen Haushaltsmittel sind im Jahresvoranschlag 1999 vorgesehen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Bgm. ROHRMOSER schlägt eine Pause von 15 Minuten vor (21.26 Uhr).

Um 21.45 Uhr eröffnet der Vorsitzende wieder die Sitzung.

15. Abgaben für Wasserzins und Kanalbenützung (Steuern, Gebühren, Beiträge) ab Wirksamkeitsbeginn 01.01.2000; Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende erklärt, dass in der letzten Sitzung des Bau-, Raumordnungs- und Finanzausschusses von Seiten des Amtes ein Antrag um Erhöhung der Wasserzinsgebühr auf ÖS 12,00 und Erhöhung der Kanalgebühr auf ÖS 27,00 gestellt wurde, welcher jedoch nicht zur Abstimmung gelangte.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass nun nach reiflichen Überlegungen vorgeschlagen wird, die Wasserzinsgebühr von ÖS 6,00 auf ÖS 9,00 zu erhöhen und die Kanalbenützungsg Gebühr auf ÖS 26,00 zu erhöhen.

Er betont, dass ein neues Wasserbassin gebaut werden muss, dessen Kosten mit 1 Mio. durch die Erhöhung der Wasserzinsgebühr abgedeckt wären.

Herr GV GANTSCHNIGG war bei der Sitzung des Finanzausschusses auch der Meinung, dass die Erhöhung zu hoch ist. Er findet jedoch diesen Vorschlag von Herrn Bgm. ROHRMOSER akzeptabel.

Herr GR Mag. LANZENBERGER weist darauf hin, dass lt. Beschluss der Landesregierung vom 01.11. weitere Förderungen nur dann gewährt werden, wenn die genannten Mindestbeiträge eingehoben werden. Er ist für eine Erhöhung in diesem Ausmaß.

Herr Vzbgm. BARKMANN ist ebenfalls der Meinung, dass man einer Erhöhung in diesem Ausmaß zustimmen kann. Der Vorschlag von Herrn Bgm. ROHRMOSER ist realistisch.

Auch Herr GV KUCHLING ist der Meinung, dass eine Erhöhung der Wasserzinsgebühr auf ÖS 9,00 und der Kanalbenützungsg Gebühr auf ÖS 26,00 in Ordnung und gegenüber der Bevölkerung vertretbar ist.

Nachdem keine weiteren Wortmeldung erfolgen, stellt der Vorsitzende den *Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, die Wasserzinsgebühr auf ÖS 9,00 und die Kanalbenützungsg Gebühr auf ÖS 26,00 zu erhöhen.*

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

16. Voranschlag 2000; Beratung und Beschlussfassung

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass jede Fraktion (SPÖ 5, ÖVP 3, FPÖ 1 und UBB 1) ein volles Exemplar, jeder Gemeindevertreter einen Auszug des Voranschlages 2000 erhalten hat (siehe Beilage).

Herr GV GANTSCHNIGG weist darauf hin, dass durch die Änderung der Wasser- und Kanalgebühren große Umschichtungen vorgenommen werden müssen. Er

ersucht Herrn Bgm. ROHRMOSER um Bericht, welche Änderungen es dadurch im Voranschlag gegeben hat.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass durch die geringere Erhöhung der Wasserzinsgebühr und der Kanalbenützungsg Gebühr gegenüber dem Amtsvorschlag 2 Mio. Schillinge einzusparen sind. Die Einsparungen sollten auf Vorschlag der ÖVP lt. nachstehender Aufstellung vorgenommen werden.

Herr Vzbgm. BARKMANN ersucht um eine kurze Pause, damit die Aufstellung für jeden Mandatar kopiert werden kann (21.57 Uhr).

Um 22.05 Uhr eröffnet Herr Bgm. ROHRMOSER wieder die Sitzung.

Herr Bgm. ROHRMOSER berichtet, die Einsparungen sollen wie folgt vorgenommen werden:

Haushaltsstelle	Einsparungen	Bezeichnung
1/010/510	15.000,00	
1/030/510	15.000,00	
1/2111/511	14.000,00	
1/2112/511	10.000,00	
1/2121/511	10.000,00	
1/2122/511	15.000,00	
1/2401/510	14.000,00	
1/2402/510	11.000,00	
1/2403/510	18.000,00	
1/420/510	50.000,00	
1/420/511	50.000,00	
1/617/511	85.000,00	
1/900/510	15.000,00	
Gesamt	322.000,00	LÖHNE
1/019/728	283.000,00	
1/019/7201	-150.000,00	
1/814/7201	150.000,00	
1/019/7001	-30.000,00	
1/269/7001	30.000,00	
Gesamt	283.000,00	100 Jahre Markterhebung
1/060/720	-100.000,00	Regionalmanagement Pongau
1/2122/614	100.000,00	H.-Wielandner-Hauptschule Heizungssanierung Finanzierung 1999
1/271/757	-33.000,00	Sbg. Bildungswerk, Aktivitäten
1/530/777	258.000,00	Rettungsauto, Finanzierung 1999
1/016/042	150.000,00	Bull, Teilfinanzierung 1999
1/529/777	50.000,00	Solaranlagenförderung
1/816/619	100.000,00	Straßenbeleuchtung

1/269/777	200.000,00	Sportförderung Eisschützen, Minigolf
1/815/050	500.000,00	Jugendspielplatz
1/269/757	50.000,00	allg. Sportsubvention - keine Erhöhung
1/322/7571	50.000,00	allg. Subvention Musikpflege - keine Erhöhung
1/789/776	200.000,00	Ortsmarketing
1/512/728	20.000,00	Projektfortsetzung "Gesunde Gemeinde"
1/900/690	100.000,00	Schadensfälle (Konkursmaßnahmen)
S U M M E:	2.250.000,00	

Herr Bgm. ROHRMOSER gibt einige Erklärungen zu den geplanten Einsparungen ab und zwar: Löhne: geplante Budgetierung 2,5 % - durch die mittlerweile abgeschlossenen Gehaltsverhandlungen Einsparung auf 1,5 %; Einsparung für 100 Jahre Marktfeier - bleibt eine Summe von 1.097.000,00 Schillinge; Regionalmanagement Pongau: die Ablehnung des Antrages - war im Voranschlag nicht berücksichtigt - dadurch ergibt sich ein Betrag von ÖS 100.000,00; Heizungssanierung H.W.HS - ÖS 100.000,00, Finanzierung 1999; Aktivitäten Sbg. Bildungswerk zusätzlich ÖS 33.000,00; Rettungsauto ÖS 258.000,00 und Fa. Bull ÖS 150.000,00 Finanzierung 1999; Solarförderung im Voranschlag ÖS 100.000,00 vorgesehen - Einsparung um ÖS 50.000,00 (wie im Vorjahr); Straßenbeleuchtung im Voranschlag mit 1,1 Mio. veranschlagt - Einsparung um ÖS 100.000,00; Sportförderung Minigolf und Eisschützen im Voranschlag mit ÖS 600.000,00 budgetiert - Einsparung um ÖS 200.000,00; ÖS 500.000,00 Einsparung bei Jugendspielplatz - hier ist der Platz am Zimmerberg nicht mit eingeschlossen; jeweils 50.000,00 allg. Subventionen Sport und Musikpflege, d. h. es gibt keine Erhöhung; bei Ortsmarketing ÖS 200.000,00, Projektfortsetzung "Gesunde Gemeinde" ÖS 20.000,00 und Schadensfälle (Konkursmaßnahmen) d. h. Einnahmenentfall ÖS 100.000,00 sind ebenfalls Einsparungen geplant.

Es ergehen einige Anfragen von Herrn GV ROSKER, Herrn GV GANTSCHNIGG und Frau GR SALLER, welche von Herrn Bgm. ROHRMOSER beantwortet werden.

Herr GR ENENGL findet es nicht richtig, dass eine Kürzung um ÖS 200.000,00 bei den Vereinen Eisschützenclub und Minigolfclub vorgenommen wird. Die Kürzung würde bedeuten, dass ein Betrag von 400.000,00 auf zwei Vereine aufgeteilt werden muss.

Herr Bgm. ROHRMOSER schlägt vor, den Betrag von ÖS 100.000,00 welcher für den Regionalverband Pongau vorgesehen war, zu den beiden Vereinen dazuzugeben, das würde eine Einsparung von ÖS 100.000,00 bedeuten, d. h. Minigolf und Eisschützen würde eine Summe von ÖS 500.000,00 anstatt der bisher vorgesehenen ÖS 600.000,00 zugesprochen.

Es ergehen nun einige Anfragen von Herrn Vzbgm. BARKMANN, welche von Herrn Bürgermeister und Herrn Finanzreferenten Schütter beantwortet werden.

Vzbgm. BARKMANN: Sonstige Maßnahmen der Heimatpflege (1/369/7201) Kostenbeitrag Verwaltungsleistung ÖS 152.000,00.

Herr FOI SCHÜTTER: Bauhofarbeiten für Amselsingen

Vzbgm. BARKMANN: ÖS 620.000,00 kirchlichen Angelegenheiten Kapitaltransferzahlung (1/390/774) Herr FOI SCHÜTTER: vorgesehen für Orgel und Kirchenrenovierung

Vzbgm. BARKMANN: ÖS 105.000,00 (1/742/754); Herr FOI SCHÜTTER: Förderung der künstlichen Besamung in der Land- und Forstwirtschaft.

Vzbgm. BARKMANN: ÖS 300.000,00 (1/789/756); Herr FOI SCHÜTTER: Wirtschaftsförderung

Vzbgm. BARKMANN: ÖS 820.000,00 für Ortsmarketing reduziert auf ÖS 620.000,00 - genaue Aufstellung

Vzbgm. BARKMANN: EDV-Ankauf die Rücklage beträgt mit Ende 99 1,2 Mio., jetzt sind ÖS 700.000,00 ebenfalls für die EDV veranschlagt.

Herr FOI SCHÜTTER erklärt, dass die heuer im Voranschlag vorgesehenen ÖS 700.000,00 ausgeschöpft wurden, die Rücklage muss 1999 aufgelöst werden um die Kosten abzudecken.

Vzbgm. BARKMANN: 100.000,00 Bebauungsplan Karolinenhof; Herr FOI SCHÜTTER: Karolinenhof ist nur als ein Beispiel angeführt

Vzbgm. BARKMANN: Missionshaus St. Rupert ÖS 400.000,00; Herr FOI SCHÜTTER Pachtzins Freizeitgelände - mündliche Vereinbarung

Vzbgm. BARKMANN: Planung Gemeindebücherei Alte Feuerwehrrzeugstätte ÖS 200.000,00 erscheint zu hoch! Er glaubt, für eine Erstplanung würde ein Betrag von ÖS 50.000,00 ausreichen.

Herr Bgm. ROHRMOSER: Vorentwurf besteht, die Umsetzung in der Größenordnung von 15 Mio. ist nicht tragbar.

Vzbgm. BARKMANN: Expertisenausgrabungen mit ÖS 75.000,00; Herr FOI SCHÜTTER: Ausgrabungen von Prof. Lippert

Vzbgm. BARKMANN: allg. Rechtskosten ÖS 400.000,00; Mag. HINTERSTOISSER: in diesem Bereich ist Vorsorge zu treffen

Herr GV GANTSCHNIGG: Herr Prof. Lippert wird bereits lange Zeit unterstützt. Aus Wien erhält unser Museum jedoch keine Ausgrabungsgegenstände aus Bischofshofen, hier sollte man massiv dafür sorgen, dass Ausgrabungsteile aus Bischofshofen in unserem Museum zur Verfügung gestellt werden.

Herr GV GANTSCHNIGG: wurde die Planung der Bücherei in Auftrag gegeben?

Herr Ing. Lienbacher: es besteht ein Beschluss aus dem Jahr 1995 für das Bildungszentrum und die Bücherei.

Herr GV KUCHLING ersucht Herrn Herr FOI SCHÜTTER über den AO Haushalt von 31.420.000,00 zu informieren. Herr FOI SCHÜTTER erklärt, 9 Mio. Volksschule Neue Heimat; 17,8 Mio. für Straßenumfahrung (Rücklagen nicht veranschlagt) d. h. 27 Mio. ÖS für Ortskernumfahrung veranschlagt und 4,7 Mio. Kanalbau BA 07

Herr GV KUCHLING ist der Meinung, dass eine Gemeindezeitung, welche mit ÖS 130.000,00 veranschlagt ist, nicht notwendig sei und nebenbei noch ÖS 60.000,00 für Inserate ausgegeben werden. Außerdem ersucht er um Aufklärung über den Betrag von ÖS 40.000,00 für Mappen.

Frau Mag. STRAUSS erklärt, dass diese Mappen (Informationen über den Ort) vor 2 Jahren herausgegeben und diese bei Veranstaltungen, Pressekonferenzen verteilt wurden.

Herr GR OBINGER stellt die Frage, ob es richtig ist, dass der Betrag in der Haushaltsstelle 1/259/757 von ÖS 393.000,00 im Sinne des Jugendgesetzes als Jugendbudget abzüglich der Kosten der Jugendbetreuerin, abzüglich der Kostenabdeckung der ÖS 400,00 für die Schullandgruppe, dem Jugendausschuss als Jugendbudget zur Verfügung stehen.

Herr Bgm. ROHRMOSER bejaht dies.

Herr Vzbgm. BARKMANN: es sind viele gute Vorschläge im Zusammenhang mit den Einsparungen eingebracht worden. Er überlegt jedoch, ob es einen Sinn ergibt, eine Gemeindezeitung zu haben, wenn es in Bischofshofen eine Zeitung wie das Bischofshofen Journal gibt. Er glaubt, dass es kostengünstiger wäre, sich jeden Monat 1-2 Seiten für die Gemeinde zu kaufen.

Bezüglich Einsparung von ÖS 500.000,00 für den Jugendspielfeld ist Herr Vzbgm. BARKMANN der Meinung, dass dies ein zu hoher Betrag ist.

Herr Bgm. ROHRMOSER ist der Meinung, dass die Gemeindezeitung gute Informationen an die Bevölkerung gibt und sehr gut bei der Bevölkerung ankommt.

Auch Herr GR Mag. LANZENBERGER vertritt die Meinung von Herrn Bürgermeister. Es wäre jedoch zu überlegen, die Finanzierung durch Werbung zuzulassen.

Herr Vzbgm. WERAN-RIEGER spricht sich gegen eine eigene Gemeindezeitung aus, da es sich hier um eine Doppelberichterstattung handelt. Er weist jedoch darauf hin, dass Öffentlichkeitsarbeit gut und notwendig ist und es ist auch eine Pressestelle erforderlich.

Nach einer weiteren Diskussion, an der sich Herr Bgm. ROHRMOSER, Herr Vzbgm. BARKMANN, Herr GR OBINGER, Herr GV KUCHLING, Herr GR Mag.

LANZENBERGER, Frau GR SALLER und Herr GV GANTSCHNIGG beteiligen, stellt Herr GV Kuchling den Antrag zur Geschäftsordnung, auf Ende der Debatte und Abstimmung des Budget.

Für den Antrag stimmt 1 Mandatar (FPÖ - GV Kuchling), gegen den Antrag stimmen 23 Mandatäre (12 SPÖ, 9 ÖVP, 1 UBB, 1 FPÖ - GV RATH).

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Herr Vzbgm. BARKMANN ersucht um Unterbrechung der Sitzung für eine Fraktionsbesprechung.

Herr Bgm. ROHRMOSER unterbricht die Sitzung um 22.03 Uhr.

Um 22.29 Uhr eröffnet Herr Bgm. ROHRMOSER wieder die Sitzung.

Herr Vzbgm. BARKMANN schlägt im Namen der SPÖ vor, folgende Abänderung beim Einsparungsvorschlag vorzunehmen:

Bis zum Betrag von ÖS 322.000,00 - Löhne vertritt die SPÖ die gleiche Meinung, Reduzierung der Kosten für 100 Jahre Markterhebung von 1.097.000,00 auf 900.000,00, dies würde eine Einsparung von 197.000,00 ergeben. ÖS 100.000,00 Straßenbeleuchtung sollte nicht eingespart werden, dafür Streichung der Besamungsprämie von ÖS 100.000,00, Kürzung Jugendspielplatz um 500.000,00, weiters einverstanden mit Streichung der Erhöhung Sportsubvention und Subvention Musikpflege in der Höhe von jeweils ÖS 50.000,00, Bereich Ortsmarketing Abänderungsvorschlag auf ÖS 400.000,00 d. h. Einsparung um 220.000,00 (CD-Linie mit 200.000,00 finanzierbar, 200.000,00 ÖS für Startphase ausreichend),

Abänderung für Pfarrkirche, anstatt ÖS 620.000,00 schlägt er vor ÖS 500.000,00 (300.000,00 für die Orgel und 200.000,00 für die Ausgrabungen) - ergibt Einsparung von ÖS 120.000,00, zusätzlich 20.000,00 dem Umweltschutz für diverse Aktivitäten zuzuordnen, Minigolf und Eisschützen den Betrag von ÖS 100.000,00 vom Regionalmanagement Pongau zuzuführen, das ergibt eine Einsparung von ÖS 100.000,00, weiters 100.000,00 für den Architektenwettbewerb für das Seniorenheim vorzusehen, ÖS 200.000,00 vorzusehen für das Projekt Hallenbau Judo, Einsparung bei der Gemeindebücherei von ÖS 200.000,00 auf ÖS 100.000,00, der Rest des Einsparungspotentials sollte für Straßensanierung verwendet werden.

Herr GV GANTSCHNIGG schlägt vor, über jeden Einsparungspunkt einzeln abzustimmen.

Herr Bgm. ROHRMOSER bemerkt, dass es für die 100 Jahre Markterhebung und die Besamungsprämie eine Beschluss gibt, für eine Beteiligung an einem Hallenbau des Judo Vereines nicht.

Herr Vzbgm. BARKMANN erklärt, dass wenn das Budget beschlossen wird, bisherige dem Budget entgegenstehende Beschlüsse aufzuheben sind.

Im Zusammenhang mit der Besamungsprämie weist Herr GR PFUNER darauf hin, dass nach den Ergebnissen der Umfragen des Ortsmarketings die Landwirtschaft gefördert werden sollte. Die Besamungsprämie soll helfen, das Zuchtmaterial zu verbessern.

Herr Bgm. ROHRMOSER erklärt, dass sein Vorschlag lautete, die geplanten Einsparungen für den Voranschlag 2000 lt. Liste vorzunehmen, mit der Änderung, den Betrag von ÖS 100.000,00 für das Regionalmanagement (dessen Entfall im Voranschlag nicht berücksichtigt war) zu streichen und diese ÖS 100.000,00 bei Minigolf und Eisschützen dazuzugeben.

Herr GV ROSKER stellt den Antrag, über die Einsparungsmaßnahmen zum Budget einzeln abzustimmen.

Herr Bgm. ROHRMOSER ersucht um Abstimmung über den Antrag, über die Einsparungen, betreffend Judo, Seniorenwohnheim, Umwelt, Pfarrkirche, Plan Gemeindebücherei, künstliche Besamung Land- u. Forstwirtschaft einzeln abzustimmen.

Für den Antrag stimmen 23 Mandatäre (12 SPÖ, 9 ÖVP, 1 UBB, 1 FPÖ - GV RATH), gegen den Antrag stimmt 1 Mandatar (FPÖ - GV Kuchling).

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 für den Hallenbau des Judo-Clubs einen Betrag von ÖS 200.000,00 vorzusehen.

Für den Antrag stimmen 12 Mandatäre (12 SPÖ), gegen den Antrag stimmen 12 Mandatäre (9 ÖVP, 1 UBB, 2 FPÖ). *Der Antrag ist aufgrund Dirimierung Bgm. ROHRMOSER mehrheitlich abgelehnt.*

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 einen Betrag von ÖS 100.000,00 für den Architektenwettbewerb Seniorenwohnheim vorzusehen.

Für den Antrag stimmen 13 Mandatäre (12 SPÖ, 1 UBB), gegen den Antrag stimmen 10 Mandatäre (8 ÖVP - Bgm. ROHRMOSER, GR Pfuner, GR SALLER, GV SCHARLER, GV HABE, GV SCHREMPF, GV SCHWARZENBERGER, GV LACKNER, 2 FPÖ - GV Kuchling, GV RATH), der Stimme enthält sich 1 Mandatar (ÖVP - GR Mag. LANZENBERGER). *Der Antrag ist damit mehrheitlich angenommen.*

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 für Aktionen des Umweltschutzes einen Betrag von ÖS 20.000,00 vorzusehen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 die Unterstützung für die künstliche Besamung Land- u. Forstwirtschaft in der Höhe von ÖS 105.000,00 zu streichen.

Für den Antrag stimmen 13 Mandatare (12 SPÖ, 1 FPÖ - GV RATH), gegen den Antrag stimmen 11 Mandatare (9 ÖVP, 1 UBB, 1 FPÖ - GV Kuchling). *Der Antrag ist damit mehrheitlich angenommen.*

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 den Kostenbeitrag für Orgel und Kirchenrenovierung der Pfarrkirche von ÖS 620.000,00 um ÖS 120.000,00 zu kürzen.

Für den Antrag stimmen 16 Mandatare (12 SPÖ, 4 ÖVP - Bgm. ROHRMOSER, GR Mag. LANZENBERGER, GV SCHARLER, GV LACKNER) gegen den Antrag stimmen 7 Mandatare (4 ÖVP - GR Pfuner, GR SALLER, GV SCHREMPF, GV SCHWARZENBERGER, 2 FPÖ, 1 UBB), der Stimme enthält sich 1 Mandatar (ÖVP - GV HABE)

Der Antrag ist damit mehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 das Budget für Ortsmarketing um zusätzliche ÖS 220.000,00, d. h. gesamt um ÖS 420.000,00 zu kürzen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 das Budget für die Planung Gemeindebücherei von ÖS 200.000,00 auf ÖS 100.000,00 zu kürzen.

Für den Antrag stimmen 13 Mandatare (12 SPÖ, 1 UBB), gegen den Antrag stimmen 11 Mandatare (9 ÖVP, 2 FPÖ). *Der Antrag ist damit mehrheitlich angenommen.*

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beschließen, im Voranschlag 2000 den Rest für die Straßensanierung zu verwenden.

Für den Antrag stimmen 23 Mandatare (12 SPÖ, 8 ÖVP, 2 FPÖ, 1 UBB), gegen den Antrag stimmt 1 Mandatar (ÖVP - GR Pfuner). *Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.*

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Gemeindevertretung möge dem geänderten Voranschlag 2000 samt „Leichenbestattung PIETÄT“ (lt. Beilage) die Zustimmung erteilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

14. Allfälliges

Herr Bgm. ROHRMOSER weist darauf hin, dass nach langen Verhandlungen es dem Salzburger Landesarchiv gelungen ist, in Werfen als Außenstelle das "Bezirksarchiv Pongau" zu installieren. Es wird vom Kustos des Museumsvereins Werfen, Fritz Hörmann, geleitet. Das Archiv befindet sich im Bezirksgericht Werfen und ist jeden Dienstag von 09.00 bis 12.00 Uhr geöffnet und unter der Adresse Bezirksarchiv Pongau, Markt 21, 5450 Werfen, Tel. 0664/3574797 erreichbar.

Herr GV KUCHLING bedankt sich bei den Bediensteten der Gemeinde für die gute Zusammenarbeit Herr Vzbgm. BARKMANN, Herr GV GANTSCHNIGG und Herr GR Mag. LANZENBERGER bedanken sich ebenfalls bei den Bediensteten.

Frau GV RATH beanstandet, dass die Ortstafeln mit Werbungen verklebt werden.

Herr Bgm. ROHRMOSER lädt alle Mitglieder der Gemeindevertretung zur gemeinsamen Weihnachtsfeier am 16. Dezember 1999 um 19.00 Uhr in den Gasthof "Alte Post" ein.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 00.00 Uhr.

Bischofshofen, am 14.12.1999

g.g.g.

Der Bürgermeister (ROHRMOSENER Jakob)

Für die SPÖ-Fraktion (Vzbgm. BARKMANN Rudolf)

Für die ÖVP-Fraktion (GR Mag. LANZENBERGER Rudolf)

Für die FPÖ-Fraktion (GV KUCHLING Wolfgang)

Für die UBB-Fraktion (GV GANTSCHNIGG Johann)

Schriftführer (AL Mag. HINTERSTOISSER Peter, VB SCHWEINZER Claudia)